

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**

GZ. 13 1033/1-II/14/93

(25 Blp)

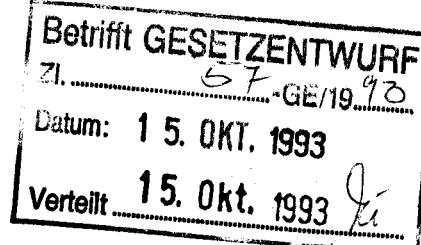
7/SN-327/ME

DVR: 0000078  
 Himmelpfortgasse 4-8  
 Postfach 2  
 A-1015 Wien  
 Telex 111688  
 Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:  
 Min.Rat Dr. Hillingrathner  
 Telefon:  
 51 433 / 1276 DW

An den  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3  
 1010 W i e n



**Betr:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975, das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher und die Zivilprozeßordnung geändert werden; Begutachtungsverfahren

Das Bundesministerium für Finanzen beeckt sich hiemit, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem im Betreff genannten Gesetzentwürfen zu übermitteln.

**Beilagen**

8. Oktober 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
 der Ausfertigung:

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**

GZ. 13 1033/1-II/14/93

DVR: 0000078  
 Himmelpfortgasse 4-8  
 Postfach 2  
 A-1015 Wien  
 Telex 111688  
 Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:  
 Min.Rat Dr. Hillingrathner  
 Telefon:  
 51 433 / 1276 DW

An das  
 Bundesministerium für Justiz

Museumstraße 7  
 1070 W i e n

Betr: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gebührenanspruchsgesetz 1975, das Bundesgesetz über den allgemein beeideten gerichtlichen Sachverständigen und Dolmetscher und die Zivilprozeßordnung geändert werden;  
 Begutachtungsverfahren;  
 z.Zl. 11.800/61-I6/93

Das BMF hat gegen den im Betreff zitierten Entwurf einer Novelle zum Gebührenanspruchsgesetz 1975 insofern grundsätzliche Bedenken, als die Mehrkosten mit etwa 30 Mio.S beziffert werden. Ferner fehlen nachvollziehbare Berechnungsgrundlagen, sodaß eine Plausibilitätsprüfung dieser Angaben nicht möglich ist. Auf die zwingende Bestimmung des § 14 BHG und die damit im Zusammenhang erforderlichen Fragen wird hingewiesen.

Im Hinblick auf die angespannte Budgetlage sieht sich das BMF nur unter der Voraussetzung in der Lage, dem Gesetzesvorhaben zuzustimmen, wenn eine budgetsaldeneutrale Lösung gefunden werden kann.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

8. Oktober 1993

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
 der Ausfertigung:

